

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

3.3.1891 (No. 61)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 3. März.

N^o 61.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1891.
Eindrucksgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Ämtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 23. Februar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Armeekapellmeister Karl Komzák in Wien das Ritterkreuz 2. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Nichtämtlicher Theil.

Karlsruhe, den 2. März.

Im ungarischen Reichstag erfolgt heute die dritte Lesung des Gesetzesentwurfs über die Regelung der Konsulargerichtsbarkeit. In zweiter Lesung war die Vorlage am Dienstag nach einer langen und an aufregenden Episoden reichen Debatte mit 188 gegen 102 Stimmen angenommen worden. Die Vorlage entsprang dem Streben und der Pflicht, dem staatsrechtlichen Verhältnisse der österreichisch-ungarischen Monarchie und der dualistischen Gestaltung des Reiches auch in der Konsulargerichtsbarkeit nachzukommen. Damit sollte nicht bloß vielen oft erhobenen Klagen Ungarns begegnet, sondern auch staatsrechtlichen Grundfragen Rechnung getragen werden, die eine allseitige Beachtung erheischen. Selbstverständlich fand die ungarische Opposition auch bei dieser Vorlage den Anlaß, über eine Verletzung der Ausgleichsgeetze zu klagen und über centralisirende Tendenzen der gemeinsamen Regierung zu deklamiren. Das Verdienst des ungarischen Justizministers Szilagyi war es wesentlich, alle Anschuldigungen widerlegt und die wahre Tendenz der so heiß bekämpften Vorlage klar gestellt zu haben. Seine Auseinandersetzung mit dem Oppositionsführer Grafen Apponyi zeigte ihn auf der Höhe eines überzeugenden und gewinnenden Redners und die große Mehrheit, welche die Vorlage schließlich errang, beweist am besten, daß die verschiednen Versuche der Opposition, die Tendenz der Vorlage zu entstellen, sich auf eine sachliche Unterlage nicht zu stützen vermochten. Der heutige Tag wird das Ergebnis der Abstimmung vom vorigen Dienstag bestätigen.

Die Aheberföderation von England beharrt allen Vermittlungsvorschlägen von gewerkschaftlicher oder dritter Seite gegenüber dabei, daß die Gewerkschaftsföderation erst den Schiffsboykott aufheben müsse, ehe von friedlicher Einigung die Rede sein könne. In diesem Sinne ist das in der Montagsnummer unseres Blattes mitgetheilte Schreiben gehalten, das der Sekretär der Aheberföderation den Zeitungen hat zugehen lassen. In dem Schreiben heißt es, daß die von Furness gemachten Vorschläge im Wesentlichen den Forderungen der Gewerkschaftsföderation entsprächen; dieselben seien bereits durch den Beschluß der Föderation der Aheber erledigt, daß zuvor der Boykott aufgehoben werden und die Leute zur Arbeit zurückkehren müßten, ehe Vertreter der Gewerkschaften empfangen werden könnten. Zu dieser Haltung ist die Föderation der Aheber durch die große Zahl „freier Hände“, die sich ihr zur Verfügung gestellt haben und unausgesezt stellen, durchaus in der Lage. In allen Theilen des Landes sind Arbeiter bereit, auf den ersten Wink nach London zu kommen. Von Dover und Yarmouth können innerhalb 24 Stunden 2000 Mann nach London gebracht werden, dergleichen von Glasgow im Laufe von 12 Stunden 1000 Matrosen, Heizer und Dockarbeiter, sowie von Liverpool 200 „gute“ Matrosen und Heizer, welche gern auf Föderationsschiffen arbeiten wollen. Bis jetzt sind zusammen 926 „freie“ Arbeiter engagirt, von welchen 130 Mann in Reserve gehalten werden. Obwohl diese letzteren nicht arbeiten, erhalten sie ihre volle Löhnung. Auf den Dampfern „Scotland“ und „Almora“ und in einem der Schuppen in den Docks können jetzt 1600 Mann schlafen und es ist möglich, außerdem noch im Laufe weniger Tage mit Zuhilfenahme weiterer Schiffe und Docks Vorkehrungen für die Unterbringung fast jeder Zahl von Arbeitern zu treffen. Da der Schiffs-Boykott in den Docks noch immer anhält, ist in den Londoner Aheberkreisen der Gedanke aufgetaucht, nur „freie“ Arbeiter zu beschäftigen, so lange die Acht nicht von ihren Schiffen gelöst ist. Sehr leicht könnte der Fall eintreten, daß der Ueberfluß an „freien“ Arbeitskräften früher oder später zu sehr unangenehmen Folgen für die Gewerkschaften führe.

Die erfreuliche Thatsache, daß die Prozentzahl der schweren Unfälle von Jahr zu Jahr abnehme, wird auch durch die Zahlen des Reichsversicherungsamts an den Reichsversicherungsamt für das Jahr 1890 bestätigt. Während auf die Unfälle, welche den Tod oder dauernde, völlige Erwerbsunfähigkeit im Gefolge hatten, 1886 noch 42,5 Proz., 1887 37,6 Proz., 1888 27,8 Proz. und 1889 25,9 Proz. sämmtlicher entschädigter Un-

fälle kamen, fielen darunter im Jahre 1890 glücklicherweise nur 20,4 Proz. Die Todesfälle allein beanspruchten im Jahre 1886 noch 25,7 Proz., 1889 nur noch 16,7 Proz. und 1890 waren sie auf 14,0 Proz. zurückgegangen. Es ist keine Frage, daß auf diese günstigen Resultate die Anstrengungen, welche die Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Unfallverhütung machen, mit eingewirkt haben.

Der Reichskanzler v. Caprivi im Reichstage.

Die vorgestrichene Reichstagsrede des Reichskanzlers v. Caprivi hat nach den übereinstimmenden Urtheilen der Blätter eine weit über die vorliegende Frage der Unteroffiziersprämien hinausgehende, allgemein-politische Bedeutung gehabt und wir glauben deshalb, sie ausführlich hier wiedergeben zu sollen. Ueber den ersten Theil der vorgestrichenen Reichstagsrede und insbesondere über die Rede des Abgeordneten Richter, auf welche der Reichskanzler antwortete, haben wir schon in der Sonntagsnummer unj. Blatts berichtet. Der Reichskanzler erwiderte dem Abgeordneten Richter:

Dem Abg. Richter gegenüber habe ich zunächst in Bezug auf die sozialdemokratische Frage zu bemerken, daß ich mich durch keine freundlichen Rathschläge nicht abhalten lassen werde, bei jeder Gelegenheit darauf zurückzukommen. (Beifall rechts.) Ich habe nun einmal die Ueberzeugung, daß diese Frage für das Ende dieses und vielleicht den Anfang des nächsten Jahrhunderts die herrschende sein wird. Ich hege den aufrichtigen Wunsch, daß sie auf friedlichem, organischem Wege gelöst werden möge; ob der Wunsch aber erfüllbar sein wird, kann ich nicht vorhersehen, und ich glaube, daß die verbündeten Regierungen, wenn sie nicht den Fall in's Auge fassen, daß eine solche friedliche Lösung nicht möglich sein wird, ihrer Pflicht nicht genügen würden. Wenn man wie ich in der Nothwendigkeit sich befindet, sozialdemokratische Bücher und Schriften zu lesen, namentlich solche, die nicht in Deutschland erschienen sind, so muß man sich immer fragen, kann überhaupt ein Mensch glauben, daß diese Dinge ohne Bekämpfung des Staates zur Ausführung kommen könnten? (Sehr richtig rechts.)

Ich meine also, daß, wer solche Theorien vertritt, immer einen Kampf mit den bestehenden Verhältnissen voraussetzt, daß also die Regierung die Pflicht hat, sich auf einen solchen Kampf vorzubereiten. Ich habe nicht die Befürchtung, daß, wenn man diese Dinge offen bespricht, dadurch die Gefahr vergrößert wird. Herr Richter meint, wenn vom Regierungstisch so oft davon gesprochen werde, so mache das den Eindruck, als sei die Sozialdemokratie die einzige treibende Kraft im Staat oder Reich. Das ist meine Meinung nicht, aber ich halte sie zur Zeit für die größte Gefahr im Reich, und weil ich sie dafür halte, glaube ich eben die Kräfte zu ihrer Bekämpfung bei jeder neuen Gelegenheit ausnützen zu müssen. (Beifall.) So lange ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen, wird kein Gesetz hier eingebracht, keine Maßregel vorgeschlagen werden, die nicht auch von diesem Standpunkt aus geprüft worden ist, wie sie auf die sozialdemokratische Frage einwirkt. Ich habe mich schon im andern Hause in ähnlicher Weise geäußert und kann von dieser meiner Auffassung nicht abgehen.

Ich kann auch die Ansichten des Herrn Abg. Richter nicht theilen, daß, wenn die Regierung von sozialdemokratischen Dingen spricht, sie in Gefahr wäre, ihr Ansehen zu schädigen. Ich möchte glauben, daß man es vertrauensvoll der jetzigen Regierung überlassen kann, ihr Ansehen selbst wahrzunehmen. Jedenfalls würde ich in dieser Frage auf meine Unterstützung bereitwillig verzichten. (Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat dann weiter davon gesprochen, ich hätte gestern gesagt, wir wollten den Unteroffizieren 1000 M. geben, damit sie dafür fürchten. Das ist mir nicht eingefallen; ich habe gesagt, wir wollen die Lage der Unteroffiziere verbessern, um bessere Elemente in den Unteroffizierstand zu bekommen und um die guten Elemente uns lange erhalten zu können. Daß für den Soldaten nicht das Geld die Hauptsache ist, hätte Herr Richter selbst wissen sollen. (Beifall rechts.) Auf den materiellen Gewinn kommt es dem Unteroffiziercorps nicht an, wie das auch im Offiziercorps seit jeder der Fälle gewesen ist. (Beifall.) Die Sache liegt einfach so: wir stehen hier vor schwierigen Verhältnissen und brauchen deshalb bessere Unteroffiziere. (Beifall.)

Der Herr Abgeordnete hat von dem Verhalten der Fortschrittspartei gesprochen, daß sie ja der Regierung entgegenkäme und auch ganz gewonnen wäre, mit uns zu arbeiten, vorausgesetzt, daß sie das, was wir machen, gut fände. Genau in demselben Verhältnisse befinde ich mich zur Fortschrittspartei. Ich kann aber nicht leugnen, daß ich das, was die Fortschrittspartei thut, meist nicht gut finde. Denn so lange ich diese Dinge beobachte, nehme ich an ihr nur ein negatives Verhalten wahr. Mir liegt hier eine Zusammenstellung vor über die Gesetze, die seit dem Jahre 1886 eingebracht und gegeben worden sind, denen die Fortschrittspartei einen Widerspruch entgegengesetzt hat; das sind seit dem Jahre 1886 deren 61 und seit dem Jahre 1870 deren 45 (hört, hört! rechts), und darunter Gesetze, die zu fundamentalen Gesetzen für unser jetziges verfassungsmäßiges Leben gehören. So lange also die Fortschrittspartei diesen negativen Standpunkt einnimmt, glaube ich, daß es für keine Regierung, es sei denn eine aus der Fortschrittspartei, möglich sein würde, mit ihr in eine engere Verbindung einzutreten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Wenn dann weiter die Ansicht geäußert worden ist, es käme mir nur darauf an, mehr Geld zu bekommen, so glaube ich nicht, daß durch eine einzige meiner geäußerten Meinungen diese Ansicht begründet worden ist. Jedenfalls müßte es ein Lapsum gewesen sein; ich habe gar kein Interesse, die Steuerzahler zu belasten,

ebensowenig wie Herr Richter; ich habe aber das Interesse, Unteroffiziere zu bekommen, so wie wir sie brauchen können.

Der Abgeordnete vermißt in dem, was die Civilverwaltung für die Unteroffiziere angeht, manche Einzelheiten, dann aber vor allem, und das würde mich in erster Linie treffen, den Zusammenhang in der Regierungspolitik. Da hat wieder diese unvorsichtige Regierung es unterlassen, die Civilverwaltungen in dieser wichtigen Frage zu hören. Die Civilbeamten spielen gewiß eine wichtige Rolle, dessen ist sich die Regierung durchaus bewußt. Wir schätzen diese Rolle sehr hoch. Wir wollen in den Unteroffizieren eine Menschenklasse erziehen, die auch, wenn sie den Rock ihres Kriegsherrn ausgezogen hat, noch fortfährt, im Civildienst dieselben Grundsätze zu beobachten, eine Menschenklasse, die mit ihrem ganzen Dasein an den Staat gebunden ist. (Beifall rechts.)

Nun gebe ich Herrn Abg. Richter zu, daß, soviel ich weiß, ehe diese Vorlage gemacht ist, eine Umfrage bei den Civilbehörden nicht gehalten ist. Der Herr Abg. Richter sagt, die jetzige Vorlage tritt neu und überraschend auf, man hat im vorigen Jahre nicht davon gesprochen. Die Voraussetzung trifft aber nicht zu. Ich wenigstens habe in der Truppe schon lange die Ansicht vertreten und von Unzulässigen vertreten hören, es muß etwas für unsern Unteroffizierstand geschehen. So kann die Sache nicht weiter gehen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Herr Richter aber meint, dieser Gedanke wäre erst seit dem Frühjahr aufgetaucht, so muß ich allerdings gestehen, daß wir in diesem Falle nicht in der Lage gewesen wären, die alsdann uns nothwendig erscheinende Abhilfe schon jetzt herbeizuführen. Denn das Verfahren, das wir jetzt besitzen — und das weiß ein so sachkundiger Mann wie Herr Richter zweifellos —, ist keineswegs willkürlich und nicht auf dem militärischen Boden allein entstanden, sondern wir sind im Besitz eines Reglements über die Anstellung und Versorgung der Unteroffiziere im Civildienst, das vom Bundesrath erlassen und nach jahrelanger Hin- und Herschreiberei mühsam zu Stande gekommen ist. Es beruht auf dem Militärpensionsgesetze von 1871, auf einer Gesetzesstelle, von der ich nicht weiß, ob Herr Richter sie mit bewilligt hat. Ich nehme ohne Weiteres an: Nein! (Seiterkeit rechts.) Der Vorwurf, hier übereilt gehandelt zu haben, trifft also die Regierungen in keiner Weise. Wir wären gar nicht im Stande gewesen, es schon jetzt fertig zu bringen.

Weiter bemängelt der Abgeordnete, daß die Unteroffiziere durch diese Prämien zu lange im Dienste gehalten werden würden. Er hat ganz recht. So sehr alte Unteroffiziere lieb man heutzutage nicht mehr. Weder die Civilbehörde sieht sie gern, noch auch hat die Heeresverwaltung eine Vorliebe für die Unteroffiziere, wie wir sie immer von 40 oder 50 Jahren hatten, eben weil der Dienst der Unteroffiziere zu anstrengend geworden ist. Wir können sie nicht viel länger als 12 Jahre gebrauchen, mit Ausnahme vielleicht der Feldwebel. Ich glaube nun nicht, daß diese Vorlage wesentlich dazu beitragen wird, die Unteroffiziere in ungemessener Zeit in Front zu erhalten. Diese Prämie hört ja mit dem 12. Jahre auf. Sie steigt nicht darüber hinaus, schließt also auch ihre Wirkung mit dem 12. Jahre ab.

Ebenso kann ich nicht annehmen, daß die Prämie dadurch, daß wir die Unteroffiziere länger in Dienst halten, auf die Beförderung zurückwirken würde. Ich stelle mich auf den Standpunkt: bleiben die Leute im Dienst, so ist das doch nur eine Folge davon, daß ihr Beruf ihnen anziehender geworden ist, und dann glaube ich, werde er nach wie vor Zulauf haben, selbst wenn das Aufsteigen in die wünschenswerthen Stellen ein etwas langsames werden sollte.

Der Herr Abg. Richter hat dann angeführt, mein Herr Amtsvorgänger hätte in einer berühmten Rede ausgesprochen, daß wir nicht allein für Offiziere, sondern auch für Unteroffiziere das beste Material hätten, und er fährte zu mir auf und stellte eine Art von Kampf zwischen uns beiden auch hier dar. Ich kann sagen, daß es mir zur Befriedigung gereicht, daß er sich diesmal auf die Seite meines Herrn Amtsvorgängers gestellt hat. Die Presse jener Partei läßt in ihren Spalten einen solchen Kampf schon lange in bengalischem Feuer erscheinen. (Sehr gut! rechts.) Mir ist bei der Bundesgenossenschaft, die mir in dieser Beziehung in einem Kampf, der faktisch nicht existirt, von jener Seite angeboten wurde, allemal unheimlich geworden. (Bravo! rechts.) Ich freute mich, daß der Herr Abgeordnete endlich einmal auf der anderen Seite stand.

Zu den Ausführungen des Abgeordneten über die Hausdiener in der Admiralität habe ich zu bemerken: Als ich sah, daß die Verhandlung hier kommen würde, habe ich an die Admiralität das Erlauchen gerichtet, mir eine Statistik der Hausdiener einzureichen. Auf Grund dieser Zusammenstellung habe ich meine Ansprüche geltend gemacht, und ich würde in der Lage sein, eine ganze Reihe solcher Unteroffiziere namentlich anzuführen, die als Hausdiener angestellt worden sind. Ich bedaure, daß ich die Hausdiener der Admiralität hier nicht persönlich vorführen kann. (Seiterkeit.) Dann würde Herr Richter wohl nicht der Ansicht sein, daß sie herrlich und in Freuden leben. Ich glaube, die Herren würden Ihnen beweisen, wie schwer der Beruf ist, der ihnen obliegt, ein Beruf, der nicht nur so aufgefaßt sein will, als ob er bloß im Denken bestehe, sondern bei dem eine große Anzahl von Pflichten zu erfüllen ist. Ich habe manche Beschwerden in der Admiralität zu schlichten gehabt, aber niemals so viel als unter den Hausdienern gegenüber dem Botenmeister. Die Hausdiener waren der Meinung — und innerlich mußte ich ihnen sehr oft recht geben —, daß sie überlastet seien. Nun habe ich aus den Äußerungen des Herrn Richter mit Befriedigung entnommen, daß jetzt mehr Hausdiener dort sind. Dieselben können nur mit Bewilligung des Reichstags gekommen sein; ob der Herr Abg. Richter für diese Vermehrung der Hausdiener gestimmt hat, ist mir zweifelhaft. (Seiterkeit.) Ich darf aber annehmen,

daß die Sache in diesem hohen Hause oder in der Kommission eine reichliche Prüfung gefunden hat.

Nun hat der Herr Abg. Richter gesagt: jetzt machen sie da auch noch Unteroffiziervorschriften, — und hat uns zum Vorwurf gemacht, an diese Unteroffiziervorschriften und an die Prämien anknüpfend, daß wir das militärische Selbstbewußtsein heben wollen. Ich muß gestehen: das ist eine Aeußerung, die mich überrascht hat. Aber der Herr Abg. Richter hat da den Nagel allerdings auf den Kopf getroffen; denn das militärische Selbstbewußtsein zu heben sind wir allerdings verpflichtet. Ich würde dem Herrn Abg. Richter aus der preussischen Geschichte Beispiele anführen können von Feldherren und großen Soldaten, die davon überzeugt waren, daß nur eine Truppe, die Selbstbewußtsein hat, etwas zu leisten im Stande ist, wenn nicht das Mißtrauen gegen den preussischen Offizier bei dem Herrn Abg. Richter sich zu einem chronischen Leiden ausgebildet zu haben schien (Heiterkeit rechts), daß ich fürchte: er wird diese Beweisführung negieren. Er mag mir einen großen Feldherrn der Welt nennen, Caesar oder Napoleon, wen er will, — keinen hat es gegeben, der nicht das Selbstbewußtsein in der Truppe auf das Höchste hat steigern wollen. Nicht die 1000 M. sind es, sondern das Selbstbewußtsein, das, wofür wir uns halten in unserm Herzen, wie es im Balkenlein heißt, — das ist und bleibt es, was den Soldaten macht, und dies in den Herzen steigern zu können, ist einer der Zwecke dieser Vorlage; die 1000 M. sind dazu nur das Mittel.

Ich darf also annehmen, daß, wenn ich an dieser Stelle über die Sozialdemokratie gesprochen habe, ich auf der einen Seite keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß wir dieser Gefahr ganz ernst ins Auge sehen. Es ist ja durch die Vorlagen, die die Regierung — und nicht diese erst, sondern die vorige Regierung — seit einer Reihe von Jahren gemacht hat, zur Genüge bewiesen, daß wir uns auch der Pflicht bewußt sind, organisch einzuwirken und, wo irgend ein berechtigter Grund zum Mißvergehen für die Sozialdemokraten da sein könnte, dem entgegenzutreten. Wir wollen in dieser Beziehung ein gutes Gewissen haben; wir wollen aber in der anderen Richtung, wenn, was Gott verhüte, es einmal zu ersteren Dingen kommen sollte, auch eine starke Hand haben. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Zu weiteren Verläufe der Sitzung nahm der Abg. v. Frege das Wort. Derselbe empfahl, da die Regierungsvorlage keine Aussicht auf Annahme habe, dem Antrage Hammacher Graf Behr, event. dem Antrage Windthorst mit großer Majorität zuzustimmen.

Abg. v. Bennigsen betonte, daß die Bewilligung der Prämien von den großen Volkstheilen zweifellos als eine berechtigende Forderung erkannt und gebilligt würde. Er ziehe den Antrag Hammacher Graf Behr nicht nur dem Antrage Windthorst-Deiterer, sondern auch der Regierungsvorlage vor, sei aber nach Lage der Sache auch bereit, eventuell für den Antrag Windthorst-Deiterer zu votieren. Eine sichere Prämie nach einer gewissen Dienstzeit sei für den Unteroffizier wirtschaftlich viel wichtiger als eine dauernde mäßige Solderhöhung.

Abg. Grilkenberger bemerkte bezüglich der Angriffe gegenüber, daß er den Reformstandpunkt, den er gestern vertreten, immer eingenommen habe, und wies den Vorwurf, daß die sozialdemokratische Partei die gewaltsame Revolution wolle, zurück.

Abg. Windthorst sprach seine besondere Befriedigung darüber aus, daß der Vorredner so nachdrücklich dem sozialdemokratischen Programm die Anwendung von jeder Gewalt abweise.

Abg. Richter hält die Prämien für kein geeignetes Mittel zum gewollten Zweck. Seine Freunde seien unabhängig genug, um auf ein offizielles Zeugnis darüber verzichten zu können, daß sie zu den „staatsfeindlichen“ Parteien gehören.

Nach Schluß der Debatte folgte eine Reihe persönlicher Bemerkungen und dann wurden bei der Abstimmung die Dienstprämien für Unteroffiziere zunächst in der Fassung der Regierungsvorlage (gegen die Stimmen der Konservativen und der Rechtsradikalen der Reichspartei) abgelehnt, demnach auch der Antrag Dr. Hammacher Graf Behr (gegen die konservativen Parteien und die Nationalliberalen) verworfen; dagegen schließlich der Antrag Dr. Windthorst-Deiterer mit erheblicher Majorität (gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen, der Sozialpartei und weniger süddeutscher Mitglieder des Centrums) angenommen.

Deutschland.

* Berlin, 1. März. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin besuchten heute den Gottesdienst im Dom. Später empfing Seine Majestät die Kommandeure der Leib-Regimenter, der Leib-Kompagnien, der Leib-Eskadrons und der Leib-Batterien zur Uebergabe der Monatsrapporte und gewährte dem Kaiserlichen Gesandten v. Bülow Audienz. Zum Frühstück sahen die Kaiserlichen Majestäten Ihre Durchlauchten den Fürsten und die Fürstin von Salm-Dorsmar als Gäste bei sich.

Das Befinden des Prinzen Joachim ist wieder durchaus normal.

Seine Hoheit der Fürst von Hohenzollern hat nach Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers als Chef des Hauses dem Fürstlich Hohenzollern'schen Hauseorden eine Erweiterung in der Art beigelegt, daß zwischen der jetzt bestehenden ersten und zweiten Klasse des Ehrenkreuzes ein Ehrenkommenthurkreuz eingeschoben wird. Dasselbe soll in der Größe zwischen dem Ehrenkreuz erster und zweiter Klasse stehen, gleichen Avers und Revers wie letzteres haben und wird an einem weißen, dreimal schwarz gestreiften, gewässerten seidenen Bande von 5 cm Breite um den Hals getragen.

In der Sonntagsnummer unseres Blattes berichteten wir, daß der ehemalige Staatssekretär des Reichsmarineamts, Contreadmiral Heußner, in Weimar am Herzschlag gestorben ist. Als kurz nach dem Tode des Grafen Monts, des Chefs der Admiralität, Anfangs 1889 eine Trennung der Admiralität in ein Oberkommando und in ein (neugebildetes) Reichsmarineamt erfolgte, wurde Contreadmiral Heußner zum Staatssekretär des Marineamts ernannt; er hat dasselbe ungefähr 1 1/2 Jahr innegehabt und wurde, als er dann erkrankte, durch den damaligen Contreadmiral Hollmann ersetzt.

Wie die in Wien erscheinende „Zeitschrift für Eisenbahnen und Dampfschiffahrt“ versichert, schweben zwischen der deutschen Reichsregierung und der Regierung Oesterreich-Ungarns Verhandlungen, um im Eisenbahn-

betriebsreglement die infolge des Berner Uebereinkommens als nothwendig erscheinenden Aenderungen gemeinsam durchzuführen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. März. Gestern fanden die Reichsraths-Wahlen in den Landgemeinden Oesterreichs statt. Es wurden sieben Abgeordnete gewählt, welche, wie bisher, der liberalen Partei angehören. — In den Pariser Vorgängen sagt das „Fremdenblatt“: „Wenn die deutsche Nation, deren Kaiser eben erst in so edelmüthiger Weise das große künstlerische Verdienst eines sehr chauvinistischen Franzosen anerkannt hatte, von der öffentlichen Meinung Frankreichs dafür undankbar gerichtet hat, so muß dies sicherlich Deutschland und Deutschlands Freunde, ja Jeden, der vorurtheilslos zu denken gewohnt ist, peinlich berühren, ein Grund zu irgend welchen energischeren Besorgnissen liegt jedoch selbstverständlich nicht vor. Die Götter aber werden, nachdem die erhofften Erleichterungen an der Grenze nunmehr ausbleiben, sich sagen müssen, daß ihre angeblichen Freunde, die Pariser Chauvinisten, ihnen keine guten Dienste leisteten, und auch die französischen Grenzbevölkerung wird es fühlen, daß Taktlosigkeiten nicht diejenigen schädigen, gegen die sie gerichtet sind. In Paris selbst scheint bei den Besonnenen die Erkenntniß aufzudämmern, daß sie sehr unbesonnen gehandelt haben, dem kompromittirenden Lärm nicht entgegenzutreten, und daß es, wie so oft, nur Mangel an Muth gewesen, der sie dazu veranlaßte, als tapfere Patrioten erscheinen zu wollen.“

Frankreich.

Paris, 1. März. In der Deputirtenkammer wurde gestern ein Gesetzentwurf beraten, nach welchem eine Steuer auf Gewinne durch Wetten bei Pferderennen erhoben werden sollte. Die Erträge sollten für öffentliche Wohlthätigkeitszwecke bestimmt sein. Mehrere Redner sprachen gegen den Entwurf, da durch denselben das Wetten gewissermaßen als gesetzlich anerkannt werde. Der Antrag wurde schließlich mit 338 gegen 149 Stimmen verworfen. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister des Innern, Constant, daß wenn die Kammer den Antrag zurückweise, die Regierung Maßregeln treffen werde, das Buchmachen und Wetten auf den Rennbahnen zu verhindern. Infolge der Abstimmung der Kammer wird das Buchmachen und Wetten von morgen ab verboten sein. — Die von der französischen Deputirtenkammer mit der Vorbereitung des Zolltarifs betraute große Zollkommission hat mit einigen Vorbehalten den von Méline erstatteten Generalbericht angenommen. Derselbe wird am Dienstag der Kammer zugehen. Méline wird beantragen, den Bericht auf die Tagesordnung zu setzen.

— Dem Wolff'schen Telegraphenbureau berichtet man über Aeußerungen Pariser Blätter zu den letzten Vorgängen Folgendes: Die gesammte Presse sieht den Erlaß des deutschen Reichsanzlers, Generals v. Caprivi, betreffs der Passvorschriften als die Folge der jüngsten Zwischenfälle an, meint jedoch, es sei Elsaß-Lothringen, das unter der Repressalie hauptsächlich leide. Der „Temps“ sagt, es könne aus der Maßnahme, welche die Elsaßler für die Unflughelien und Schwächen der Pariser Bevölkerung bilden läßt, eine Lehre für die Zukunft gezogen werden. Die Haltung Frankreichs, so tadellos dieselbe thatsächlich gewesen sei, habe nicht der Erwartung unparteiischer Beobachter entsprochen, welche glaubten, Frankreich könne die Beziehungen zu dem Nachbarlande leichter und normaler gestalten. Die allgemeine Empfindung sei gewesen, man müsse sich angesichts der Agitation der Boulangeristen und Bonapartisten um so fester und vernünftiger zeigen: leider glaubten die Verständigen Alles gethan zu haben, wenn sie keine Extravaganzen begingen, während ihr Stillschweigen den Lärm Anderer, nach welchen man uns beurtheilt, noch lauter erscheinen lasse. Die viele Franzosen außer den Mitgliedern des Kaiserlichen Hofes und drei bis vier Journalen wollten 1870 den Krieg; und doch habe man in Europa sagen können, das Land habe ihn verlangt. Das Journal „Paris“ fragt: „Hofft man, wir würden aus unserer seit 20 Jahren bewahrten Ruhe herausgehen? Nur jene, welche innere politische Interessen dabei haben, drängen uns dazu: ihre Manöver werden aber fruchtlos bleiben wie alle Bemühungen, uns zur Verzichtleistung auf das uns Gehührende zu veranlassen.“ Dasselbe Blatt theilt mit, Boulanger sei im Einvernehmen mit seinen Parteifreunden nach Brüssel gekommen, in der Hoffnung, daß Zwischenfälle es ihm ermöglichen würden, die Grenze zu passiren; das erkläre auch die hegerische Sprache der boulangistischen Blätter. (Wenn die Angabe des „Paris“ über General Boulanger richtig ist, so können die Franzosen daraus lernen, wer bei den Erfolgen der „patriotischen“ Hegerien allein seine Rechnung finden würde.)

Spanien.

Madrid, 28. Febr. Das Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung des Generals Martinez Campos zum Präsidenten des Senats. Der Ministerpräsident Canovas del Castillo hat heute seine Anhänger in den Kammern versammelt, um vor ihnen die Grundzüge seines Programms zu entwickeln. Er erklärte, die konservative Partei sei keine Rückschrittspartei. Die Regierung werde politische Duldung üben, aber mit Energie dem Gesetze Achtung verschaffen. Canovas schloß mit warmen Lobeserhebungen für die Königin-Regentin, welche bemüht sei, Spanien den Frieden zu erhalten. Die neuen Kortes werden sich vor allem mit Finanzfragen zu befassen haben. Zunächst haben sie für eine Verbesserung der Lage des Staatsschatzes durch Regulirung der alten Rückstände und Deckung des Defizits vermittelst geeigneter Einschränkungen zu sorgen. In administrativen Theil machen sich ebenso Ersparnisse durch Vereinfachung

der Dienststellen und Ausdehnung der Verantwortlichkeit auf alle öffentlichen Beamten nothwendig. Außerdem ist ein Hauptaugenmerk auf die Hebung der Produktion und Erleichterung des Verkehrs zu richten, neben Lösung der zeitgemäßen Frage der Stellung des Kapitals zur Arbeit. Da die schwebende Schuld 300 Millionen und das vorjährige Defizit 60 Millionen beträgt, so ist die Aufgabe, die für das Cabinet und insbesondere für den Finanzminister Cos-Gayon besteht, keine leichte. Indessen verfügt die Regierung befanntlich sowohl im Senat wie in der Kammer über eine starke Mehrheit. Nach der im Ministerium des Innern erfolgten Zusammenstellung ergibt sich, daß die Regierung in der Deputirtenkammer über 291 Stimmen verfügt, während die gesammte Opposition 154 Stimmen, also etwas mehr wie in den letzten Kortes, aufweist. Der Opposition gehören 88 Fusionisten, 25 Republikaner, 13 Reformisten (Romero Robledo), 8 Anhänger von Martos, 6 Carlisten und 14 Wilde an. Auch im Senat steht der Regierung eine bedeutende Majorität zur Verfügung. Die Senatswahlen ergaben nämlich 123 Konservative, 37 Fusionisten, 7 Reformisten, 2 Anhänger von Martos, 3 Absolutisten, 2 Wilde und 6 Bischöfe. Dazu wird die Regierung noch 19 Senatoren auf Lebenszeit ernennen. Die parlamentarische Situation bietet demnach an und für sich der Regierung keine Schwierigkeiten für die Durchführung ihres Programms.

Rußland.

Petersburg, 1. März. Das „Journal de St. Petersburg“ sagt, der vertriebliche Pariser Zwischenfall habe einen leichten Schatten auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland geworfen, indessen sei zu hoffen, daß man sich auf beiden Seiten der Vogelegen bemühen werde, denselben zu beseitigen. Von deutscher Seite kann man dazu weniger thun als von französischer.

Türkei.

Konstantinopel, 28. Febr. Einigen Blättern zufolge sollte es zwischen dem Wali und dem englischen Konsul in Wan zu einem Zerwürfniß gekommen sein, weil der englische Konsul geäußert habe, daß die Schaffung einer kurdischen Kavallerie eine Provokation zum Aufstande für die Armenier sein würde. Die „Agence de Constantinople“ ist ermächtigt, diese Nachricht für unbegründet zu erklären: es hätte keinerlei ähnliche Auseinandersetzung stattgefunden.

Zeitungsstimmen.

Die Reichstagsrede des Reichsanzlers v. Caprivi wird in den Blättern als hervorragende wichtige politische Kundgebung gewürdigt. In der „Post“ heißt es: „Angesichts der planmäßig von deutschfreisinniger Seite inszenierten Mythenbildung, als ob die Regierung auf die Deutschfreisinnigen zur Bekämpfung der bösen Kartellparteien sich stütze und stützen müsse, ist diese bündige Klarstellung des Sachverhalts von erheblicher praktischer Bedeutung. Sie ist auch dankenswerth aus dem Grunde, weil dann jeder freisinnigen Wache mancher entzündete Anhänger einst zugleich auf monarchischen und gut nationalen Politik anfangen, an der Regierung irren zu werden, und Mißtrauen sich auch in solche Kreise einzuschleichen begann, welche ein festes Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Volk erstreben und wünschen.“ Die „Nationalzeitung“ sagt: „Die politische Bedeutung dieser Reichstagsrede lag in der Auseinandersetzung zwischen dem Reichsanzler und den Deutschfreisinnigen. Wenn wir eine solche als nothwendig und als ein klärendes Ereignis erachten, so sind keineswegs die mannschaften Kämpfe, welche wir in der Bismarck'schen Zeit mit dem Fortschritt und Deutsch-Freisinn durchgeföhrt, der Grund. Niemand bezweifelt, daß unter einer neuen Regierung zum Theil neue Aufgaben gelöst werden müssen; und wenn die Deutsch-Freisinnigen nach der Wendung vom vorigen Jahre dazu ihre Hilfe gewähren wollten, so hätten wir sie willkommen geheißen — auch wenn sie, dem Wesen einer äußersten Linken gemäß, an weitergehenden Forderungen, als jetzt erfüllbar sind, festgehalten und das, was erreichbar, nur als ungenügende Abschlagszahlung angenommen, auch wenn sie in manchen Fällen, wie früher, Nein gesagt hätten. Die Haltung der deutsch-freisinnigen Partei in Parlament und Presse seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck war eine durchaus andere. Sie versuchten, die gegenwärtige Regierung als die Volltreckerin der gefährlichsten deutsch-freisinnigen Verurtheilung alles dessen, was in der Bismarck'schen Zeit geschehen, darzustellen; Herr v. Caprivi und seine Kollegen sollten nach diesen Simulationen den „Abbruch“ des Bismarck'schen politischen Gebäudes, die Beseitigung der seit länger als einem Jahrzehnt betriebenen „Mißwirtschaft“ beabsichtigen. Und angesichts einer angeblich so beschaffenen Regierungspolitik wurde den Parteien des früheren Kartells die Aufgabe zugewiesen, nach wie vor Alles durchzuführen zu helfen, womit Verantwortlichkeit, vielleicht Unpopulartät verknüpft ist, während der tugendhafte Deutsch-Freisinn als die Partei der noch uneingestandenen Regierungspolitik die Annehmlichkeiten dieser abstrakten Gouvenementalität mit denen einer nach wie vor festgehaltenen sehr korrekten Oppositionsstellung verband! Ein solcher Stand der Dinge konnte von keiner Partei, deren Unterthünung durch Thaten die Regierung in Anspruch nimmt, getragen werden. Indem Herr v. Caprivi ihm ein Ende machte, hat er eine berechtigende Forderung dieser Parteien erfüllt, die Regierung aus einer wenig würdigen Stellung befreit und eine Klärung der inneren Lage herbeigeföhrt, die sich ohne Zweifel als heilsam erweisen wird.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 2. März.

Gestern Vormittag nach dem Gottesdienst empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den aus Berlin zurückgekehrten Oberstallmeister von Holzting und darnach den kommandirenden General, General der Infanterie von Schlichting. Nachmittags besuchte Seine Königliche Hoheit den seit einiger Zeit erkrankten Geheimrath von Regenauer. Heute Vormittag empfing der Großherzog den Staatsminister Dr. Turban zum Vortrag und nahm dann die Meldung der nachbenannten Offiziere

Todesanzeige.
R. 383. Freiburg.
Schmerzfüllt gebe ich
Freunden u. Bekannten
Kenntniß, daß meine liebe,
einzige Tochter
Maria,
Gattin des Herrn
Eduard v. Bodemeyer,
Hauptmann und Kompagnie-
Chef im 38. Füsilier-Regim.,
am 28. d. Mts. in Glas an
Lungenentzündung gestorben
ist.
Freiburg, 28. Febr. 1891.
Katalie Kieffer Witwe,
geb. von Wänker.



Neu! Schöberl's
Praktisch! Pat. 52403.
Patent-Reform-Kinderbett,
Kesselschale, Babystuhl, u. Spielplatz zugleich,
besonders durch einfaches Umklappen, er-
leichtert das Uebernehmen in der einzig zu-
lässigen Art, wie es von den berühmtesten
Krankenkassen empfohlen wird. Unter diesen
empfehle ich jede Art Kinderbettstellen in
30 versch. Sorten von 8 Wfr. an.
**Patent-Baby-
Wagen** Kinderwagen
neu u. elegant con-
struirt, auch für den
Hausgebrauch.
deutsch, engl., franzö-
sische zum Liegen u.
Eisen, des Rostes u.
Stahl von 10 Wfr. an.
**Patent-Kinder-
Stuhl**
hoch u. nieder zu stellen,
mit großem
Spitzsitz, lebe
Art, gepolstert
oder Holzge-
sticht von 5 Wfr.
an.
J. Schöberl, bad. Hoflieferant
R. 389.1.
München, Maximilianstr. 40 u.
Müllstr. Bismarckstr. bei näherer Besich-
nung, der Artikel auf Wunsch franco.

Geld!
Zur Erweiterung eines rentablen
Agentur- und Commissionsgeschäftes
von einem tüchtigen Geschäftsmann
ca. R. 2000 gegen gute Sicher-
stellung gesucht. Offerten unter N.
6502b an Haasenstein & Vogler
N.G. Mannheim. R. 399.
Vertrauensposten
sucht ein tüchtiger, erfahrener Kauf-
mann, gegenwärtig Leiter einer Aktien-
gesellschaft. — Prima Referenzen. —
Offerten an die Expedition dies. Blattes
unter K. 270 erbeten. R. 270.3.

Bürgerliche Rechtspflege.
Öffentliche Zustellung.
R. 393.1. Offenburg. Landwirth
Georg Vogt I. in Biergarten bei
Oberkirch, vertreten durch Rechtsan-
walt Dr. Rombach, klagt gegen Lu-
dwig Vogt, Karl Vogt, Georg We-
gel, Leo Wegel, alle von Biergarten,
zur Zeit an unbekanntem Orten abwe-
send, auf Grund geleisteter Zahlung
der in Folge Vermögensübergabe der
Eltern des Klägers vom 27. Mai 1864
den Beklagten zugewiesenen Gleichstel-
lungsgelder von 217 fl., 434 fl. 30 kr.,
100 fl. u. 100 fl., mit dem Antrag auf
Urtheil dahin, die zu Gunsten der Beklag-
ten bestehenden Einträge im Pfandbuch
Biergarten Band VI Nr. 78 S. 213
und in den Grundbüchern Biergarten
Band X Nr. 173, Seite 313, Oberkirch
Grundbuch Band X Fol. 372, Nr. 173,
Fernach (Oberkirch) Grundbuch Theil IV
S. 420, Nr. 239, Stadelhofen, Grund-
buch Band XI Fol. 610, Nr. 154, in
Zusenhofen, Grundbuch Band X Nr. 224,
S. 472, seien zu streichen, und laßt
die Beklagten zur mündlichen Verhand-
lung des Rechtsstreits vor die Zivil-
kammer I des Großh. Landgerichts zu
Offenburg auf
Samstag den 9. Mai 1891,
Vormittags 8 1/2 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem
gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt
zu bestellen.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung
wird dieser Auszug der Klage bekannt
gemacht.
Offenburg, den 26. Februar 1891.
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.
Thoma.
Kontursverfahren.
R. 400. Nr. 6872. Karlsruhe.
Wirth Christof Kiefer hier, über des-
sen Vermögen das Konkursverfahren
eröffnet ist, hat Einstellung des Kon-
kursverfahrens beantragt. Den Kon-
kursgläubigern steht der Widerspruch

P. P.
Karlsruhe, den 1. März 1891.
Mit Gegenwärtigem gestatte ich mir, Ihnen die ergebene Mittheilung zu machen, daß die
von mir im Jahre 1857 gegründete **Ofen- und Thonwaarenfabrik** unter heutigem Tage
durch Kauf an Herrn
Friedrich Geisendörfer, Ofenfabrikant,
ohne **Activa** und **Passiva** übergegangen ist.
Indem ich Ihnen für das mir seit so vielen Jahren geschenkte Vertrauen meinen besten
Dank sage, bitte ich Sie, solches auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Eduard Mayer, Karlsruhe,
Großh. Hoflieferant und Ofenfabrikant.

P. P.
Karlsruhe, den 1. März 1891.
Unter Bezugnahme auf obenstehende Mittheilung erlaube ich mir, Sie höflichst zu bitten,
mich mit zahlreichen Aufträgen, deren promptester und bester Ausführung Sie sich versichert
halten können, zu erfreuen.
Durch die Uebernahme des **Inventars, der Arbeitskräfte** etc. etc. bin ich in den Stand
gesetzt, bei allen **Nachlieferungen** und **Umänderungen** sowohl, als jeder Anforderung in
allen **Stilen** genügen zu können.
Mein bisher betriebenes **Ofengeschäft** habe ich mit der nunmehr erworbenen Fabrik
verbunden; ebenso befindet sich meine Wohnung vom 23. April 1891 **Erbprinzenstraße 8.**
Indem ich Ihnen für das auch mir in so reichem Maße zu Theil gewordene Vertrauen
höflichst danke, empfehle ich Ihnen bestens und zeichne
mit vorzüglicher Hochachtung
Friedrich Geisendörfer
Ed. Mayer's Nachfolger
Ofen- und Thonwaarenfabrik, Karlsruhe,
Erbprinzenstraße 8. R. 402.

Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft.
Da bei dem andauernd niederen Wasserstand des Rheines eine halbjährige Wiedereröffnung der
Schiffahrt vorerst nicht erhofft werden kann, so bringen wir unsere
Sammelladungs-Verkehre
von Mannheim nach Köln, Düsseldorf, Amsterdam und Rotterdam und
von Rotterdam und Amsterdam nach Mannheim in empfehlende Erinnerung.
Auskünfte über Frachten etc. ertheilt auf gefällige Anfrage
Mannheim, 1. März 1891. Die Direction. R. 398.

C. H. BURK, STUTTGART.
Prämirt: Brüssel 1876, Stuttgart 1881, Porto Alegre 1881, Wien 1883.
Burk's Arznei-Weine.
Von vielen Aerzten empfohlen. In Flaschen à ca. 100, 250 und 500 Gramm.
Die großen Flaschen eignen sich wegen ihrer Billigkeit zum Kurgebrauch.
Burk's Pepsin-Wein. (Pepsin-Essenz) Verdauungs-Flüssigkeit. Dienlich bei schwachem
oder verdorbenem Magen, Sodbrennen, Verschleimung, bei den Folgen übermäßigen Genusses
von Spirituosen etc. In Flaschen à M. 1.— M. 2.— und M. 4.50
Burk's China-Malvasier. ohne Eisen. süß
selbst von Kindern gern genommen. In Flaschen
à M. 1.—, M. 2.— und M. 4.—
Burk's Eisen-China-Wein. wohlschmeckend
und leicht verdaulich. In Flaschen à M. 1.—
M. 2.— und M. 4.50
Man verlange ausdrücklich Burk's Pepsin-Wein, Burk's China-Wein
u. s. w. und beachte die Schutzmarke, die jeder Flasche beigelegte Be-
schreibung sowie meinen auf jeder Etiquette befindlichen Namenszug.
L. H. Burk
Detail-Verkauf nur in Apotheken.

Mittwoch den 11. März, Abends 7 Uhr,
im grossen Saale des Museums
CONCERT
von
Florian Zajic,
Grossh. Badischer Kammervirtuos aus Hamburg,
unter gefälliger Mitwirkung des Pianisten Herrn **Fritz Blumer,**
Lehrer am Conservatorium in Strassburg.
Billetverkauf in der Musikalienhandlung von **Fr. Doert,** Lamm-
strasse 12 und Abends an der Kasse.
Preise der Plätze: Saal reservirt I. Abtheilung 3 M., II. Abtheilung
2 M., nichtreservirt 1.50 M. Galerie reservirt 1.50 M., nichtreservirt 1 M.

gegen die Einstellung binnen einer
Woche zu.
Karlsruhe, den 28. Februar 1891.
Wirth,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
R. 385. Nr. 1990. Durlach. Das
Konkursverfahren über das Vermögen
des Sattlers Heinrich Bär von Kö-
nigsbach wird nach rechtskräftiger Be-
stätigung des Zwangsvergleichs vom
9. d. Mts. hierdurch aufgehoben.
Durlach, den 27. Februar 1891.
Großh. bad. Amtsgericht.
ges. Diez.
Dies veröffentlicht der Gerichtsschreiber
Franz.
R. 384. Nr. 3654. Offenburg. Das
Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Sattlers Wilhelm Kopf
in Durbach wird nach § 151 R.D. nach
erfolgter Abhaltung des Schlußtermins
hierdurch aufgehoben.
Offenburg, den 25. Februar 1891.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
C. Veller.
Vermögensabsonderung.
R. 375. Nr. 1762. Karlsruhe.
Durch Urtheil des Großh. Landgerichts
Karlsruhe, Civilkammer III, vom Heu-
ten wurde die Ehefrau des Biegelei-
besizers Martin Hamsch in Ober-

forbenen Baters, Josef Huber, Leib-
gebinger von dort, mitberufen.
Dieselbe bezw. deren Rechtsnachfolger
werden hiermit aufgefordert, ihre Erb-
ansprüche
innerhalb drei Monaten
bei dem Unterzeichneten geltend zu ma-
chen, widrigenfalls die Erbschaft denen
zugehört werden würde, welchen sie
aufkäme, wenn die Vorgeladenen zur
Zeit des Erbanfalls nicht mehr am
Leben gewesen wären.
Oberkirch, den 26. Februar 1891.
Großh. Gerichtsnotar
Künderlich.
Strafrechtspflege.
Ladungen.
R. 259.3. Nr. 7864. Heidelberg.
Der am 22. Juli 1849 zu Dttmanns-
hofen geborene Bierbrauer Georg Frie-
drich Stumpff, Landwehrmann II.
Aufgebots, zuletzt in Sandhausen wohn-
haft, wird beschuldigt, als Wehrmann
der Landwehr II. Aufgebots ohne Er-
laubnis ausgewandert zu sein,
Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des
St.G.B.
Derselbe wird auf Anordnung des
Großh. Amtsgerichts hierseits auf
Montag den 6. April 1891,
Vormittags 9 Uhr,
vor das Gr. Schöffengericht Heidelberg
zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird
derselbe auf Grund der nach § 472 der
St.P.O. von dem Königl. Landwehr-
Bezirkskommando zu Heidelberg ausge-
stellten Erklärung verurtheilt werden.
Heidelberg, den 20. Februar 1891.
Braungart,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
R. 229.3. Nr. 1433. Achern. Der
am 7. August 1858 zu Großbittersdorf
geborene Landwirth und Unteroffizier
der Landwehr I. Aufgebots Eugen Peter
Melchior, zuletzt in Achern, zur
Zeit an unbekanntem Orten, und der
am 28. Juni 1859 zu Kappelrodt ge-
borene Metzger und Wehrmann der
Landwehr I. Aufgebots Josef Wim-
mer, zuletzt in Kappelrodt, zur Zeit
an unbekanntem Orten, werden beschul-
digt, daß sie als beurlaubte Wehrmän-
ner der Landwehr I. Aufgebots ohne
Erlaubnis ausgewandert, Uebertretung
gegen § 360 Ziff. 3 des St.G.B.
Dieselben werden auf Anordnung des
Großh. Amtsgerichts hierseits auf
Samstag den 4. April d. J.,
Vormittags 8 Uhr,
vor das Großh. Schöffengericht Achern
zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wer-
den dieselben auf Grund der nach § 472
der St.P.O. von dem Kön. Land-
wehrbezirkskommando zu Kappelrodt
und Kappelrodt ausgestellten Erklärungen ver-
urtheilt werden.
Achern, den 5. Februar 1891.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Steinbach.
R. 391.1. Nr. 2110. Waldkirch.
Josef Himmelsbach, 32 Jahre alt,
Bierbrauer von Steinach — Offenburg
— zuletzt wohnhaft in Waldkirch, wird
beschuldigt, als Wehrmann der Land-
wehr ohne Erlaubnis ausgewandert zu
sein, ohne von der bevorstehenden Aus-
wanderung der Militärbehörde Anzeige
erstattet zu haben,
Uebertretung gegen § 360 Nr. 3
des Strafgesetzbuchs.
Derselbe wird auf Anordnung des
Großh. Amtsgerichts hierseits auf
Dienstag den 28. April 1891,
Vormittags 8 Uhr,
vor das Großh. Schöffengericht zur
Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird
derselbe auf Grund der nach § 472 der
Strafprozessordnung von dem Königl.
Landwehrkommando zu Freiburg ausge-
stellten Erklärung verurtheilt werden.
Waldkirch, den 25. Februar 1891.
Willi,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
R. 404. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Der am 26. Mai 1860 zu Gemmingen
geborene Leopold Kahn-Put, z. Zt.
in Mannheim, hat um die Erlaubniß
nachgezogen, seinen Familiennamen in
„Kahn“ umändern zu dürfen.
Etwasige Einsprüche gegen die Be-
willigung dieses Gesuchs sind binnen
drei Wochen dahier einzureichen.
Karlsruhe, den 27. Februar 1891.
Ministerium
der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
Koll.
J. Hildenbrand.
R. 394. Nr. 3091. Bretten.
Bekanntmachung.
Kaufmann Josef Gaum in Bretten
wurde als Agent des Auswanderungs-
unternehmers Konrad Herold in Mann-
heim für den diesseitigen Amtsbezirk
bestätigt.
Bretten, den 27. Februar 1891.
Großh. bad. Bezirksamt.
Dr. Gross.
Gesucht
wird auf 1. April ein händiger tüch-
tiger Gehilfe gegen gute Bezahlung von
Notar W. Schmid,
R. 403. Pforzheim.
Notarsgehilfe gesucht.
R. 401.1. Wegen Beförderung des
feitherigen Gehilfen ist die Stelle durch
einen soliden jungen Mann alsbald
wieder zu besetzen.
Wühl. Notar Wähler.

geben, wenn nicht binnen vier Wo-
chen Einsprache dagegen erhoben wird.
Achern, den 24. Februar 1891.
Großh. bad. Amtsgericht.
Burger.
R. 362.1. Nr. 9403. Heidelberg.
Die Witwe des Landwirths Georg
Ludwig Gottlieb von Wammthal,
Eva Katharina, geb. Ziegler, hat um
Einweisung in Besitz und Gewähr der
Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehe-
manns nachgesucht.
Dem Gesuch wird entsprochen, wenn
nicht innerhalb 4 Wochen Einwen-
dungen dagegen erhoben werden.
Heidelberg, den 28. Februar 1891.
Großh. bad. Amtsgericht.
ges. Engelberth.
Dies veröffentlicht
Der Gerichtsschreiber:
Braungart.
R. 258.3. Nr. 2801. Raftatt. Die
Witwe des am 2. Oktober 1890 in Dur-
mersheim gestorbenen Landwirths Ehren-
fried Weingärtner, Maria Anna,
geb. Trisch in Durmersheim, hat um
Einweisung in Besitz und Gewähr des
Nachlasses ihres verstorbenen Ehemann-
es gebeten.
Diejenigen, welche nähere Rechte an
dem Nachlass zu haben glauben, werden
aufgefordert, dieselben binnen vier
Wochen bei dem unterzeichneten Ge-
richte schriftlich oder zu Protokoll des
Gerichtsschreibers geltend zu machen,
widrigenfalls die Witwe in Besitz und
Gewähr eingesezt werden wird.
Raftatt, den 21. Februar 1891.
Großh. bad. Amtsgericht.
(ges.) Siegel.
Dies veröffentlicht
Der Gerichtsschreiber:
Zirkel.
Erbvorladung.
R. 377. Oberkirch. Maria Anna
Huber, gebürtig von Lautenbach, im
Jahre 1865 nach Amerika ausgewan-
dert und angeblich im Jahre 1866 dort
gestorben, ist zur Erbschaft ihres am
5. Februar d. J. zu Lautenbach ver-